



Nr. 25

11. Juli 2025

Friedrichstraße 169  
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70  
Telefax 030.40 81-55 99  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## **Inhalt**

75 Jahre dbb berlin

**[Geyer: „Staat muss in Krisenzeiten Stabilitätsanker sein!“](#)**

Europäischer Abend

**[„Das Berufsbeamtentum ist ein Bollwerk gegen den Extremismus“](#)**

dbb frauen

**[Elterngeld-Höchstbetrag: Frauen zahlen den Preis mit Karriere, Einkommen und Rente](#)**

dbb senioren

**[Bildung: Baustein für gutes Altern](#)**

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

Schleswig-Holstein

**[Aufgaben, Ressourcen und Abläufe besser aufeinander abstimmen](#)**

Baden-Württemberg

**[Ministerpräsident Kretschmann beim Politischen Sommerfest des BW](#)**

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

**[Forderungen des Polizeibeauftragten des Bundes zurückgewiesen](#)**

Deutscher Philologenverband (DPhV)

**[Einsatz der Lehrkräfte für das Abitur 2025 gewürdigt](#)**

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

**[Parlamentarischer Abend mit Bundesfinanzminister Lars Klingbeil](#)**

## **[Namen und Nachrichten](#)**

**aktuelle**

Informationsdienst des dbb

75 Jahre dbb berlin

## **Geyer: „Staat muss in Krisenzeiten Stabilitätsanker sein!“**

**Unsicherheit prägt die Gegenwart – der öffentliche Dienst kann Sicherheit schaffen. Doch die Handlungsfähigkeit ist gefährdet.**

„Ohne Beschäftigte geht es nicht, Maßnahmen gegen den Personalmangel müssen jetzt absolute Priorität haben“, sagte dbb Chef Volker Geyer am 7. Juli 2025 in Berlin. „Dem Staat fehlen 570.000 Kolleginnen und Kollegen, um allen Aufgaben gerecht zu werden. Es fehlen Lehrkräfte, es fehlen Mitarbeitende in den Behörden, es fehlt Pflegepersonal. Gerade in unsicheren Zeiten, die von wirtschaftlicher Rezession und Krieg geprägt sind, schafft eine funktionierende Daseinsvorsorge ein ausgleichendes Gegengewicht. Der Staat muss in Krisenzeiten Stabilitätsanker sein!“

Besonders dramatisch sei die Personalsituation in Berlin, berichtete Geyer. In den Sozialämtern etwa seien bis zu 25 Prozent der Stellen dauerhaft nicht besetzt. „Das führt zu einer nicht hinnehmbaren Überlastung der Kollegin-

nen und Kollegen. Und vor allem ist es ein Ärgernis für die Menschen, die wochenlang auf Termine oder die Bearbeitung von Anträgen warten müssen. So kann es nicht weitergehen, so kann der Staat seine Rolle als Stabilitätsanker nicht erfüllen!“

„Seit seiner Gründung hat der dbb berlin eine zentrale Rolle gespielt, wenn es um die Gestaltung der Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst der Hauptstadt ging“, sagte Geyer mit Blick auf das 75-jährige Bestehen des Landesverbands. Frank Becker, dem Vorsitzenden des dbb berlin, gratulierte er im Namen der gesamten Bundesleitung zu dem besonderen Jubiläum. „Die Kolleginnen und Kollegen wissen Eure Arbeit sehr zu schätzen. Das zeigen die deutlichen Gewinne für den dbb berlin und seine Mitgliedsgewerkschaften bei den vergangenen Personalratswahlen. Weiter so!“

Europäischer Abend

## **„Das Berufsbeamtentum ist ein Bollwerk gegen den Extremismus“**

**Liberalen Demokratien sind weltweit unter Druck. Damit Deutschland stabil bleibt, braucht es unter anderem einen starken öffentlichen Dienst.**

Zum Auftakt des Europäischen Abends am 8. Juli 2025 (Thema: „Deutschlands Beitrag zur Wehrhaftigkeit der Demokratie“) stellte dbb-Chef Volker Geyer klar: „Zur Demokratie gehören mehr als Wahlen. Es geht um funktionierende Gewaltenteilung, unabhängige Justiz, eine freie Presse, eine lebendige Zivilgesellschaft – und einen starken öffentlichen Dienst. Gerade wir als Gewerkschaften wissen: Ohne kompetente, verfassungstreue Beschäftigte im Staatsdienst ist Demokratie nicht wehrhaft.“ Beamtinnen und Beamten leisteten sogar einen Dienst, der sie auf das Grundgesetz verpflichtet. Nicht nur deshalb gelte, so Geyer: „Das Berufsbeamtentum ist ein Bollwerk gegen den Extremismus.“

Der öffentliche Dienst müsse insgesamt gestärkt werden, in Deutschland und in Europa. Geyer: „Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten, Verwaltungsmitarbeitende – sie sichern den Alltag unserer Demokratie. Sie stehen für Recht statt Willkür. Und sie tun das in einem Klima wachsender Bedrohung durch Desinformation und Populismus. Deshalb brauchen sie mehr denn je verlässliche Rahmenbedingungen und politischen Rückhalt. Und auch wenn sich Aufgaben durch Digitalisierung und Künstliche Intelligenz verändern: Die Demokratie lässt sich nicht automatisieren. Der öffentliche Dienst lebt von den Beschäftigten und ihrer Haltung.“

Ein vollständiger Bericht des Europäischen Abends gibt es auf [www.dbb.de](http://www.dbb.de).

dbb frauen

## Elterngeld-Höchstbetrag: Frauen zahlen den Preis mit Karriere, Einkommen und Rente

**32 Prozent der Väter, aber nur 12 Prozent der Mütter erhielten im ersten Bezugsmonat den Elterngeld-Höchstbetrag von 1.800 Euro. Das ist Ausdruck eines strukturellen Problems.**

Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende, kritisierte am 8. Juli 2025, dass der Höchstbetrag für viele Frauen zu einem Teufelskreis führt: „Es ist Aufgabe der Politik, diese endlose Spirale aus Gender Pay Gap, unbezahlter Sorgearbeit und Karriere nachteilen nicht weiterlaufen zu lassen. Durchbrechen können wir sie nur mit echten Reformen beim Elterngeld. Solange der Höchstbetrag gedeckelt ist, zahlen vor allem Frauen den Preis: mit Karriere, Einkommen und Rente. Deswegen fordern wir eine deutliche Anhebung des Höchstbetrags.“ Das statistische Bundesamt hatte die Ausschüttung des Elterngeldes aus dem Jahr 2024 ausgewertet.

Frauen verdienen im Schnitt weniger, übernehmen den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit und steigen seltener auf. Sie nehmen häufiger Elternzeit, unterbrechen ihre Erwerbsbiografien und sorgen damit auch schlechter fürs Alter vor.

Väter wiederum nehmen seltener Elternzeit, weil sich die Auszeit bei gedeckeltem Elterngeld für viele finanziell nicht lohnt. Tatsächlich

würden viele Väter mehr Elternzeit übernehmen, wenn der finanzielle Einbruch nicht so stark wäre. Das zeigen unter anderem Studien des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB). In Ländern wie Schweden oder Island, die gut ausgestaltete Partnerschaftsboni haben, ist eine deutlich höhere Väterbeteiligung bei der Elternzeit verzeichnen.

„Es ist eben unter anderem die Deckelung des Elterngelds, die eine faire Aufteilung der Care-Arbeit verhindert, gerade in Haushalten mit Einkommensunterschieden“, erklärte die dbb frauen Chefin.

Kreutz weiter: „Mit der derzeitigen Regelung deckeln wir nicht nur Höchstbeträge, sondern auch die Gleichstellung. Viele Väter wollen mehr Verantwortung und Sorgearbeit in den Jahren der Familiengründung übernehmen, aber das aktuelle System stellt ein Finanzrisiko für viele Familien dar. Wir müssen strukturelle Anreize verändern, um Sorgearbeit gerechter unter Frauen und Männern aufzuteilen. Dazu gehört die Reform des Elterngeldes, aber auch die Einführung der Familienstartzeit.“

dbb senioren

## Bildung: Baustein für gutes Altern

**Bildung trainiert nicht nur die „grauen Zellen“. Sie sichert Teilhabe und ist Baustein im Kampf gegen Einsamkeit. Die dbb senioren fordern deshalb ein Recht auf Bildung im Alter.**

„Unsere Position zu ‚Bildung für ältere Menschen‘ ist Leitfaden und Forderungspapier zugleich, das wir Politik, Verwaltung und Bildungsverantwortlichen antragen, um für das Thema zu sensibilisieren. Bildung ist auch nach dem Eintritt in den Ruhestand ein wichtiger Baustein – nämlich für gutes Altern“, sagte der Vorsitzende der dbb Bundesseniorenvertretung, Horst Günther Klitzing.

Basierend auf den Ergebnissen der 8. Seniorenpolitischen Fachtagung „Nie zu alt für Neues – Lernen ohne Limit“ hat die dbb bundesseniorenvertretung die Position „Bildung für

ältere Menschen“ erarbeitet. Der dbb Bundeshauptvorstand hat auf seiner Sitzung am 24. Juni 2025 der Position „Bildung für ältere Menschen“ der dbb bundesseniorenvertretung zugestimmt.

„Lernen findet meist in Gruppen statt. Und deshalb ist Bildung, neben dem Erkenntnisgewinn zum Beispiel in den Bereichen Sprache, Kultur, Politik oder Wissenschaft, auch ein probates Mittel gegen Einsamkeit“, so der pensionierte Lehrer Klitzing.

Mit der Bestätigung der Position der dbb Bundes seniorenvertretung durch den Bundeshauptvorstand haben die Mitgliedsverbände

des dbb nun die Möglichkeit, auf dieser Grundlage für die Schaffung von Bildungsangeboten für Ältere in ihrem jeweiligen Wirkungskreis zu werben.

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

Schleswig-Holstein

### **Aufgaben, Ressourcen und Abläufe besser aufeinander abstimmen**

**Der dbb sh und seine Mitgliedsorganisationen fordern eine Auflösung des Reformstaus, der im öffentlichen Dienst unübersehbar ist. Das wurde beim diesjährigen dbb-Landesbeirat deutlich, bei dem auch der Chef der Staatskanzlei, Minister Dirk Schrödter, teilnahm.**

„Wir sehnen uns geradezu nach Bürokratieabbau, er muss allerdings gut gemacht werden“, stellte Tellkamp heraus. Die Ergebnisse müssen bei den Beschäftigten wirklich positiv spürbar sein, was aktuell kaum der Fall sei.

Schrödter verwies allerdings auf Impulse, die aus den Digitalisierungsaktivitäten des Landes sowie aus den zusätzlichen finanziellen Mitteln durch das Sondervermögen des Bundes ausgehen werden.

Aus Sicht der Kommunen verwies Jörg Bülow, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des

Gemeindetages Schleswig-Holstein, auf ergänzende Erfordernisse, vor Ort mehr Spielräume für die Aufgabenerfüllung und eigene Entscheidungen zu schaffen.

Vor der Diskussion fand die satzungsmäßige Tagung des dbb Landesbeirates statt, bei der die Vorsitzenden der dbb-Mitgliedsorganisationen des Landes zusammenkommen. Dabei wurden unter anderem Tätigkeitsberichte vorgestellt und der Haushalt beschlossen.

Baden-Württemberg

### **Ministerpräsident Kretschmann beim Politischen Sommerfest des BBW**

**Beim Sommerfest in Stuttgart empfing die BBW-Spitze um Kai Rosenberger Ministerpräsident Winfried Kretschmann und zahlreiche weitere politische Gäste.**

Der Landesbund begrüßte Vertreterinnen und Vertretern von Grünen, CDU, SPD und FDP, an der Spitze Staatsminister Jörg Krauss, die Staatssekretäre Thomas Blenke (Innenministerium), Siegfried Lorek (Justizministerium) und Volker Schebesta (Kultusministerium), der Fraktionsvorsitzende Andreas Stoch (SPD) sowie die stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Julia Goll. Auch zahlreiche Verwaltungsspitzen waren dabei, teilte der Landesbund am 9. Juli 2025 mit.

Rosenberger sagt in Richtung des Ministerpräsidenten, es sei in Kretschmanns Regierungszeit „einiges erreicht worden, was der Beamtenschaft und dem öffentlichen Dienst zugutegekommen ist.“ Als Beispiel nannte Rosenberger das 4-Säulen-Modell. Im Vergleich zu anderen Bundesländern und dem Bund

habe man „allein durch die Anhebung der Eingangsbesoldung im mittleren und gehobenen Dienst“ einen Wettbewerbsvorteil erlangt. Beim Landesreisekostengesetz habe eine Kürzung für Anwärter beseitigt werden können.

Anerkennend erwähnte Rosenberger zudem die Energiepreispauschale und Inflationsausgleichzahlung, außerdem sei die Durchlässigkeit der Laufbahnen verbessert worden. Explizit bedankte er sich für die Einführung der Freien Heilfürsorge für den Justizvollzugsdienst; auch der Tarifvertrag für die Altersteilzeit für Schwerbehinderte habe frühzeitig vor Ablauf der Laufzeit verlängert werden können.

Differenzen habe es dagegen bei der neu geschaffenen Laufbahn der Geistes- und Sozialwissenschaftler gegeben. Deutliche Worte richtete der Landesvorsitzende anschließend in

Sachen Widersprüche gegen die Besoldung an das Finanzministerium: „Wir hoffen auf ein Umdenken“, denn es sei ein Problem, „dass nach

sechs Jahren für Widersprüche gegen die Besoldung kein Ruhen des Verfahrens mehr für die Landesbeamten gewährt wird.“

## Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Forderungen des Polizeibeauftragten des Bundes zurückgewiesen

**Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) kritisiert die Forderung des Polizeibeauftragten des Bundes, Uli Grötsch, Asylsuchende an den deutschen Grenzen nicht mehr zurückzuweisen.**

In Berlin erklärt DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt: „Der Polizeibeauftragte spricht nur für sich selbst, nicht für die Polizei. Statt seinem gesetzlichen Auftrag nachzukommen, präsentiert er sich als Ich-NGO, ausgestattet mit einem fürstlichen Gehalt. Er nutzt seinen Personalapparat, um sich aktiv in die Tagespolitik einzumischen und die Bundespolizei zu verunsichern.“

Heiko Teggatz, Vorsitzender der DPoIG-Bundespolizeigewerkschaft und dbb-Vize, erklärt hierzu: „Auch nach einer Gerichtsentscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts in einem einzelnen Fall ist die Rechtslage für unsere Kolleginnen und Kollegen klar und die Erlasslage aus dem Bundesinnenministerium eindeutig und rechtssicher. Diese Maßnahme hat auch eine wichtige Signalwirkung an diejenigen, die sich in Richtung Deutschland auf den Weg machen. Die drastische Senkung der Asylbewerberzahlen zeigt außerdem, dass wir auf dem richtigen Weg sind.“

Die Behauptung des Bundespolizeibeauftragten, dass sein Amt mittlerweile gut etabliert sei, hält der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt allerdings für einen „schlechten Witz“: „Es mag ja sein, dass Herr Grötsch sich pudelwohl fühlt, das kann man durchaus nachvollziehen. Immerhin hat er wenig zu tun, weil die Kolleginnen und Kollegen sich dann doch lieber an ihre Personalvertretungen und Gewerkschaften wenden, statt an eine Institution, von der kaum jemand so richtig weiß, wozu sie da ist und welchem Zweck sie dient.“

Die DPoIG hat gegen den Bundespolizeibeauftragten eine Klage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht. Die Einrichtung des Amtes hätte einer Verfassungsänderung bedurft, argumentierte sie in der mehr als 200-seitigen Klageschrift, die vom BVerfG angenommen wurde.

## Deutscher Philologenverband (DPhV) Einsatz der Lehrkräfte für das Abitur 2025 gewürdigt

**Mit dem Ende der Abiturprüfungen 2025 spricht der Deutsche Philologenverband (DPhV) allen Lehrkräften an Gymnasien und gymnasialen Oberstufen seinen ausdrücklichen Dank und höchste Anerkennung für ihren herausragenden Einsatz aus.**

„Das Abitur ist das Ergebnis der intensiven und hochqualifizierten Arbeit der Lehrkräfte mit ihren Schülerinnen und Schülern über viele Jahre hinweg“, betont die Bundesvorsitzende des DPhV Susanne Lin-Klitzing. „Von der individuellen Beratung über die gezielte Vorbereitung der Prüfungsthemen bis hin zur Begleitung in den schriftlichen und mündlichen Prüfungen tragen Lehrkräfte ganz wesentlich dazu bei, dass die jungen Menschen nun mit einem soliden Fundament in ein Studium, eine Ausbildung oder das Berufsleben starten können.“

Neben der anspruchsvollen Korrektur der schriftlichen Prüfungen und der Durchführung der mündlichen Prüfungen leisten die Gymnasiallehrkräfte noch viel mehr: Sie bereiten die Schülerinnen und Schüler in der Qualifikationsphase zielgerichtet auf die Anforderungen der Abiturprüfungen vor. Sie entwickeln und überarbeiten Prüfungsaufgaben, die den hohen Standards des Abiturs gerecht werden. Sie beraten Schülerinnen und Schüler nicht nur fachlich, sondern auch psychologisch in einer für junge Menschen oft hoch belastenden Zeit. Sie begleiten den Übergang der Abiturientinnen und Abiturienten in die nächste Lebensphase

mit intensiven Beratungsgesprächen zu Studien- und Berufsperspektiven – oftmals weit über den Unterricht hinaus. „All das ist nur mit einem außerordentlichen Maß an Fachkompetenz, Engagement und pädagogischer Verantwortung zu bewältigen“, so Lin-Klitzing weiter. „Ohne dieses verlässliche und gewissenhafte Arbeiten der Gymnasiallehrkräfte gäbe es kein Abitur auf so hohem Niveau.“

Der DPhV weist darauf hin, dass diese Leistung jedes Jahr unter Rahmenbedingungen erbracht wird, die von steigenden Anforderungen, größerer Heterogenität der Schülerschaft

und wachsenden administrativen Aufgaben geprägt sind. „Gerade deshalb ist es uns ein Anliegen, die Arbeit der Lehrkräfte nicht als selbstverständlich hinzunehmen, sondern ihre unverzichtbare und prägende Rolle für die Bildungsbiografien junger Menschen ausdrücklich sichtbar zu machen und wertzuschätzen“, unterstreicht Lin-Klitzing abschließend.

Der Deutsche Philologenverband gratuliert allen Abiturientinnen und Abiturienten zum bestandenen Abitur und bedankt sich bei den Lehrkräften für ihren unermüdlischen Einsatz für eine qualitativ hochwertige gymnasiale Bildung in Deutschland.

## BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft Parlamentarischer Abend mit Bundesfinanzminister Lars Klingbeil

**Die BDZ-Bundesleitung hat einen Parlamentarischen Abend in Berlin veranstaltet. Als Gäste waren unter anderem Vizekanzler und Bundesfinanzminister Lars Klingbeil, die Leitungsspitze des Bundesfinanzministeriums und der Generalzolldirektion sowie Abgeordnete verschiedener Fraktionen dabei.**

Im Mittelpunkt standen die Zukunft des Zolls, moderne Arbeitsbedingungen und die Stärkung der Verwaltung, teilte die Gewerkschaft am 9. Juli 2025 mit. Bundesfinanzminister Klingbeil betonte, wie beeindruckt er vom Engagement der Kolleginnen und Kollegen des Zolls sei. Er habe sich für die neue Legislatur viel vorgenommen und dabei spiele der Zoll eine zentrale Rolle – sei es die Bekämpfung von Finanzkriminalität, Steuerbetrug oder Schwarzarbeit. Auch sei klar, dass die Aufgaben des Zolls immer vielfältiger werden. Deshalb brauche es starke Strukturen, moderne Abläufe und gut ausgestattete Beschäftigte.

BDZ-Bundesvorsitzender Thomas Liebel unterstrich die Bedeutung des direkten Austauschs: „Der persönliche Dialog mit Politik und Verwaltung ist eine unserer größten Stärken als Fachgewerkschaft unserer Zöllnerinnen und Zöllner. Nur so können wir die Interessen unserer verbeamteten Kolleginnen und Kollegen, wirksam vertreten und konkrete Verbesserungen anstoßen.“ Zum laufenden Projekt Zoll 2030 unterstrich Liebel, dass sich die Arbeitsbedingungen und Fortkommensmöglichkeiten der Beschäftigten verbessern müssten. Unter diese Prämissen würde der BDZ die Strategie weiterhin konstruktiv-kritisch begleiten

## Namen und Nachrichten

„Es gibt viele Vorurteile über die Arbeit des Jugendamts“, erzählt Giannina Mohr in der aktuellen DienstTag-Folge. Die meisten sind – wie so oft – falsch. Die 28-jährige Sozialarbeiterin lebt und arbeitet im Rheinland, seit drei Jahren beim Jugendamt. „Das Kindeswohl steht im Mittelpunkt und wir versuchen immer, das mildeste Mittel einzusetzen. Ambulante Hilfe geht nach Möglichkeit immer vor Kindesentzug“, erklärt Mohr im **dbb-Podcast**. In akuten Kinderschutzfällen wird dann immer zu zweit gearbeitet. Das schafft Rückendeckung und Gelegenheit zu Austausch und Reflexion. Am besten ist aber natürlich, wenn die Familien schon vor einer Eskalation der Situation zum Jugendamt

kommen und sich beraten lassen. Der Beratungsanteil wird dabei immer wichtiger. Die Rollenverteilung innerhalb der Familien ändert sich, externe Kinderbetreuung nimmt größeren Raum ein und Krisen wie die Covid-Epidemie haben viel Unsicherheit hinterlassen: „Jenseits der Kindesgefährdung können wir Hilfe aber immer nur anbieten. Wenn die Eltern nicht wollen, sind uns die Hände gebunden.“ Giannina Mohr wünscht sich vor allem mehr Respekt und Wertschätzung für ihren oft schwierigen Job: „Wir haben eine enorme Verantwortung und viele verstehen scheinbar nicht, was für eine wichtige hoheitliche Aufgabe wir erfüllen.“

---

Vom Arbeitgeber Staat wünscht sie sich vor allem eine bessere Ausstattung und Entlastung beim Thema Arbeitszeit. Mohr: „Eine bessere Work-Life-Balance, vielleicht durch eine Vier-Tage-Woche, wäre super.“ Den [Podcast gibt es hier](#).

Nicht nur übereinander sprechen, sondern miteinander: Auch für den **DBB NRW** und seine Fachgewerkschaften ist ein steter Austausch mit der Kommunal- aber vor allem auch mit der Landepolitik besonders wichtig, um einerseits

für die Interessen der organisierten Mitgliedschaft zu werben und zugleich über eigene Arbeit und Standpunkte zu informieren. Hierfür boten die Sommerfeste der demokratischen Landtagsfraktionen in den vergangenen Wochen eine ideale Umgebung. Auf dem Sommerfest der CDU-Fraktion im NRW-Landtag waren DBB-NRW-Vertreter in einer hohen Anzahl anwesend und kamen mit zahlreichen Mandat- und Entscheidungsträgern ins Gespräch, teilte der Landesbund am 9. Juli 2025 mit.